

PM - Bildung zwischen Abstandregeln und Konzeptionslosigkeit

Wochenlang wurde mühsam darum gerungen unter welchen Voraussetzungen schulische Bildung für alle Schüler*innen wieder ermöglicht werden kann. Förderschulen wurden erst seit dieser Woche wieder geöffnet, da zum einen Konzepte zur Minderung der Ansteckungsgefahr fehlten und zum anderen Schüler*innen pauschal unterstellt wurde, dass sie diese nicht einhalten könnten.

Immer noch werden die meisten Schulen nicht ganztägig genutzt, weil Mittel für Zwischenreinigungen fehlen.

Plötzlich soll nun das Abstandsgebot an allen Schulen gekippt werden unter Verweis auf neuere Studien zu Ansteckungsrisiken und Verbreitungspotential der Schüler*innen. Dabei sind diese Studien aber nicht eindeutig und haben widersprüchliche Aussagen. Es werden zurzeit weitere Studien zu dieser Thematik durchgeführt. Doch deren Ergebnis ist noch offen. Nun wählt die Landesregierung die Studien aus, die für eine Öffnung der Schulen plädieren. Das Ziel ist, dass wieder „normaler“ Unterricht stattfinden soll.

Dieses Vorgehen der Landesregierung wären riskant für die Schüler*innen und deren Familien sowie für die Lehrer*innen. Die Folgen würden aber erst in einigen Wochen sichtbar.

„Normaler“ Unterricht setzt voraus, dass alle Lehrkräfte wieder in der Schule unterrichten können. Es ist aber schon jetzt abzusehen, dass nicht wenige Lehrkräfte auf Grund eines Attestes weiterhin keinen Präsenzunterricht erteilen werden. Somit sind hohe Unterrichtsaufälle zu erwarten.

Auch Risikoschüler*innen werden weiterhin nur eingeschränkt am Unterricht teilnehmen können. Für sie gibt es also keinen „normalen“ Unterricht, hierfür werden weiterhin andere Konzepte benötigt.

Sollte es zu einer Gesamtöffnung ab dem 8.6. kommen, blieben noch effektiv 13 Schultage bis zu den Sommerferien. Gleichzeitig finden aber schon Zeugniskonferenzen, mündliche Prüfungen und Nachprüfungen statt. Für wenige zusätzlich mögliche Stunden, würde aber ein sehr großer Planungsaufwand notwendig. Es müssten Konzepte und Stundenpläne nochmals sehr kurzfristig neu erstellt werden. Die vordringlichste Aufgabe wäre aber die Vorbereitung des neuen Schuljahres, doch dafür fehlen Landesvorgaben.

Die Eltern haben sich aber gerade erst auf die neuen Stundenpläne für die Zeit bis zu den Sommerferien vorbereitet. Würde das wieder verändert, bedarf es neuer Absprachen mit Arbeitgebern. Wenn dann auch die Notbetreuung wegfällt, fehlen Konzepte für die OGS. Die Notbetreuung bleibt auch weiterhin wichtig, um fehlende Unterrichtstage oder -zeiten zu überbrücken. „Normaler“ Unterricht bedeutet auch Öffnung der Menschen. Doch dazu fehlt weiterhin ein Hygienekonzept.

Noch sind nicht einmal alle Schüler*innen angekommen in der Schule, weil Schulbegleitung entlassen wurden, die nun fehlen. Einige Schulen lehnen weiterhin eine Beschulung und Betreuung ohne Begleitung ab und einige Kommunen lehnen die dann notwendigen häuslichen Hilfen ab. Und dann-Sommerferien und viele Eltern müssen wieder arbeiten gehen, weil ihr Urlaub aufgebraucht ist und Kurzarbeit endet, doch es fehlen Betreuungsangebote für die Sommerferien.

Es ist festzuhalten, nichts ist „normal“. Das Schulministerium bleibt sich seiner Linie treu, agiert sehr kurzfristig, um alle Beteiligten zu überraschen. Die Schulen und Kommunen werden es schon irgendwie hinbekommen, doch diese warnen.

GENUG- nicht mit uns! Wir haben uns gestern im Ministerium gemeinsam mit den anderen Eltern-, Rektoren-, und Lehrerverbänden klar gegen einen erneuten Planwechsel bis zu den Sommerferien ausgesprochen! Jedoch fordern wir:

- Alle Kinder und Jugendlichen auch mit einer Benachteiligung oder Behinderung müssen von Schulen aufgenommen werden – Sie haben ein Recht auf Bildung!
- Alle Schüler*innen mit erhöhtem Risiko müssen im Distanzlernen häusliche Unterstützung und hochwertige Angebote erhalten!
- Konzepte vom Ministerium für mögliche Szenarien im neuen Schuljahr, ohne Tabus.
- Verbindliche Betreuungsangebote für Kinder, deren Eltern in den Sommerferien wieder arbeiten müssen.
- (kostenfreie) Bildungs-, Ferien- und Förderangebote für alle Schüler*innen.
- Ein Bildungskrisen-Budget für das kommenden Schuljahr, damit durch Zwischenreinigung eine Ganztagsnutzung in allen Schulen und Schulformen ermöglicht wird.
- Anpassung der Curricula, Prüfungen und Stundentafeln fürs kommende Schuljahr!
- Beteiligung aller Bildungsakteure bei der Erstellung der Konzepte und Pläne.

Es darf nichts unversucht gelassen bleiben, damit im kommenden Schuljahr ausreichend Raum für schulische Bildung und Betreuung bereitgestellt wird. Schulen müssen ganztägig nutzbar sein, zusätzliche Betreuungsräume zur Verfügung stehen. Eine tägliche und regelmäßige Präsenzbeschulung muss im kommenden Jahr gesichert sein - egal mit welcher Abstandregel und welcher Gruppengröße. Trotzdem dürfen Sicherheit und Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen und Lehrkräfte nicht gefährdet werden!

IHR LEK NRW VORSTAND

29. Mai 2020